

BUCHBESPRECHUNGEN

- Jesse, Eckhard: *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90* (Lorenz Laube)..... 360
- Joppien, Charlotte: *Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP)* (Georg Simet)..... 361
- Lochner, Eberhard von: *Philosophie im Reich der Schatten. Die Münchner Jahre des Politikwissenschaftlers Eric Voegelin* (Harald Bergbauer)..... 363
- Sieyès, Emmanuel Joseph: *Was ist der Dritte Stand? Ausgewählte Schriften. Herausgegeben und übersetzt von Oliver W. Lembcke und Florian Weber.* (Jean Terrier)..... 364

Eckhard JESSE: Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2010, 280 Seiten, 24,90 €

Dass ein Autor auf dem Buchrücken als »streitbar« angekündigt wird, ist als Eigenwerbung bemerkenswert – insbesondere, weil sich das Buch ausdrücklich an »einen breiten historisch-politisch interessierten Leserkreis« wendet. Eckhard Jesses Buch *Systemwechsel in Deutschland*, das auch in einer Ausgabe der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung erschienen ist, zeichnet sich durch eine ausgeprägte Systematisierung aus, mit der es die vier Systemwechsel, die die deutsche Politik im 20. Jahrhundert gliedern (wobei der vierte ausdrücklich nur für die Ostdeutschen ein Systemwechsel war) beschreibt, analysiert und vergleicht.

Nach einem vorgeschalteten Kapitel zur Systemwechselforschung (Jesse vermeidet den Begriff der Transformation) und zu internationalen Methoden der Messung, ob Staaten Demokratien oder Diktaturen sind, werden die vier Wechsel nach einer einheitlichen Gliederung – »Rahmen-

bedingungen und Ursachen«, »Verlauf und Phasen«, »Ergebnisse und Folgen« – untersucht: die nach der Revolution von 1918/1919 und dem Ende des Kaiserreichs entstandene erste deutsche Republik, der Aufbau der nationalsozialistischen Diktatur 1933, die »Stunde null« und die Gründungen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten 1945 bis 1949 sowie die Auflösung der DDR und die Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik 1989/1990. Bei geschichtswissenschaftlichen Diskussionen, die um die Bewertung der in diesen historischen Kapiteln beschriebenen Ereignisse geführt wurden und werden, lässt Jesse die Protagonisten mit ihren Meinungen zu Wort kommen, um sich letztlich einer Position anzuschließen. Dabei plädiert der Autor eindringlich dafür, die historischen Situationen in ihrer Offenheit zu begreifen. Überzeugend widerspricht er der häufig vertretenen These, die Umbrüche seien zwingend und unvermeidbar von der Vorgeschichte bedingt gewesen, und betont den Entscheidungsspielraum der handelnden Politiker. (Daher verblüfft es, dass er dann aber die Auffassung vertritt, das Ende der DDR sei bereits 1945 – also vor ihrer Gründung – präjudiziert gewesen.)

Im anschließenden Vergleich der Systemwechsel nach Kriterien wie etwa der Intensität oder ob interne oder externe Faktoren größere Rollen spielten, kommt Jesse zu dem Schluss, dass 1945 sicherlich der stärkste Bruch war, wenn auch nur ein »halber Sieg der Demokratie« (S. 160), denn 1949 folgte die Teilung entlang der ideologischen Gegensätze. Nach den Systemwechseln werden die Systeme verglichen, wobei mit drei so bezeichneten »alten« Vergleichen die Diktaturen untereinander, die Demokratien untereinander sowie die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts parallel existierende Demokratie und Diktatur jeweils gegenüber gestellt werden. Dem folgt ein »neuer« Systemvergleich, nämlich zwischen der Bundesrepublik vor 1989/1990 und der Bundesrepublik danach. Jesse unterstreicht, dass von einer Berliner oder dritten Republik als Nachfolgerin der Bonner oder zweiten Republik keine Rede sein kann. Wir leben nach wie vor in der zweiten deutschen Republik, trotz der Erweiterung um die neuen Län-

der, kontinuierlich in demselben politischen System – wenn auch in einer neuen Periode.

Das Schlusskapitel ist der Frage gewidmet, wie es die verschiedenen deutschen Staaten mit einem Nationalfeiertag hielten. Eine historische Tradition gab es vor 1919 nicht, die Versuche von Weimarer Republik und Drittem Reich schlugen keine Wurzeln. Die Bundesrepublik hat mit dem 17. Juni, der nur einige Jahre unumstritten blieb, und später mit dem 3. Oktober im Gegensatz zur DDR einen solchen Nationalfeiertag etabliert. Wobei Jesse zu bedenken gibt, dass der 9. November die wechselvolle Geschichte Deutschlands und den von Aufstiegen und Niedergängen gezeichneten Weg zur heutigen deutschen Republik wohl besser symbolisiert hätte.

Gerade die historischen Kapitel überzeugen auch mit den Abschnitten, in welchen Debatten um die Geschichtsdeutung nachgezeichnet werden; leider hält der Autor an vielen anderen Stellen, besonders gegen Ende des Buches, mit seiner politischen Meinung nicht hinter dem Berg. Die Freude über einen »entspannten Patriotismus« (S. 216) insbesondere bei der jungen Generation Deutschlands, die bei Sportveranstaltungen fröhlich Flaggen schwenkt und die Hymne singt, ist keine politikwissenschaftliche Erkenntnis, sondern das persönliche Glück eines Konservativen, der erkennt: Die »Abschwächung der negativen Identität aufgrund der so bitteren wie leidvollen Erfahrungen stärkt das Gemeinwesen« (S. 216). Auch ist an vielen Stellen diffus von einem »intellektuellen Milieu« (S. 171, 199) die Rede (Universitätsprofessoren gehören offenbar nicht dazu), das beim »antiextremistischen Grundkonsensus« (S. 199) nachlässt; kaum auf Konsens stoßen dürfte Jesse selbst indes mit seiner Einschätzung, dass Matthias Matussek ein »linker Autor« (S. 152 f.) sei.

Dass der Extremismusforscher Jesse den harten Extremismus der NPD mit einem weichen der Partei Die Linke (konsequent als ehemalige Staatspartei der DDR bezeichnet) in einen Topf wirft, vermag auch nach der Lektüre eines Buches über alles Unheil, das politischer Extremismus in Deutschland bisher angerichtet hat, nicht überzeugen. Den beidenswerten Optimismus des Autors – »Das vereinigte Deutschland kann [...] gelassen (nicht: selbstzufrieden) in die Zukunft blicken« (S. 217) – versteht man wahrscheinlich auch besser, wenn man Probleme wie die Risiken der

Nutzung der Atomkraft als »alarmistische Kurzatmigkeit« (S. 218) entlarvt.

Dass der Gesamteindruck unter solchen Seitenhieben des »streitbaren Autors« leidet, ist schade. Denn davon abgesehen haben wir ein sowohl in seinen historischen als auch in seinen analytischen Teilen lesenswertes und auch erhellendes Buch gelesen, das solche Polemik gar nicht nötig gehabt hätte, um Aufmerksamkeit zu verdienen.

Lorenz Laube

Charlotte JOPPIEN: Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP). Eine Untersuchung des Programms „Muhafazakar Demokrasi“ (= Studien zum Modernen Orient, hrsg. v. Gerd Winkelhane, Bd. 11), Berlin: Klaus Schwarz Verlag 2011, 211 Seiten, 24,80 €

Die Arbeit wurde unter ähnlichem Titel als Masterarbeit am Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität Berlin eingereicht. Dass Überarbeitungen vorgenommen wurden, ist in der Danksagung erwähnt. Wo, inwiefern und in welchem Umfang Änderungen in den Ausgangstext eingearbeitet wurden, ist jedoch nicht kenntlich gemacht.

Das inklusive Anhang 211 Seiten umfassende Werk beschäftigt sich mit der Entwicklung der AKP, genauer mit deren programmatischen Ausrichtung ab 2003/04, die unter dem Begriff *Muhafazakar Demokrasi* (Konservative Demokratie) firmiert. Da die Hauptquellen der Öffentlichkeit kaum in Übersetzung zugänglich sind, ist die Autorin dafür zu loben, dass sie zwei der kürzeren Primärquellen, eine Rede des Premierministers und Parteivorsitzenden Erdoğan und eine seines Stellvertreters Firat, sowohl auf Türkisch als auch in sinnadäquater Übersetzung am Ende des Buchs abdruckt. Es ist zu hoffen, dass möglichst viele des Türkischen nicht mächtige »Türkei-Experten« diese Quellen lesen.

Das Material an Sekundärquellen ist umfangreich, auch wenn nicht alle häufiger zitierten türkischen Arbeiten jüngerer Datums, ab 2007/08, eingearbeitet wurden (z. B. Ataays Studie über den Bezug zum Neoliberalismus, Safis jüngere Untersuchungen sowie Sharon-Krespins Beitrag zu Fetullah Gülen). Lobend zu erwähnen ist das Bemühen, so weit möglich Internetquellen zu nen-

nen. Dies erleichtert das Nach- und Weiterlesen in den angesprochenen Teilthematiken.

Das Buch ist in sieben Hauptkapitel gegliedert. Die ersten vier Kapitel beschäftigen sich vornehmlich mit der Geschichte der islami(sti)schen Parteien in der modernen Türkei, um die Entstehung und den Aufstieg der *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) zur *AK Parti* aufzuzeigen und deutlich zu machen, wodurch sie sich von den Parteien, aus denen sie hervorging, abhebt. Die restlichen drei Kapitel sind eher analytisch orientiert. Die historische Betrachtung (auf den ersten 100 Seiten) ist wesentlich stringenter konzipiert als der nachfolgende konzeptionell-analytische Teil der Arbeit.

Den rasanten Aufstieg der AKP zu einer von vielen befürchteten Ein-Parteien-»Demokratie« macht die Autorin am zunehmenden Insistieren auf Einhaltung und Orientierung an islami(sti)schen Werten in der türkischen Gesellschaft und den Institutionen fest. Grundthese ihres Erklärungsversuchs ist Mardins Theorem der Dichotomie von Zentrum vs. Peripherie. Zentrum bezeichnet hierbei den Machtapparat der kemalistischen Eliten vor allem in den Großstädten; mit Peripherie als Gegenpart ist die Landbevölkerung gemeint, die ihr Leben primär außerhalb der Städte führt (und führen muss). Der Aufstieg der AKP verdankt sich demnach einer gesamtgesellschaftlichen Machtverschiebung, die es der Peripherie zu nächst ermöglichte, ihre Traditionen in den Städten durch den enormen Zuzug der Landbevölkerung stärker zu betonen und zu verankern und die nunmehr so stark ist, dass das Zentrum kaum noch in der Lage scheint, die zunehmende Peripherisierung und damit seine Entmachtung zu verhindern. Selbst das Militär, bislang Garant der Aufrechterhaltung der kemalistischen Ordnung, scheint mittlerweile (durch die diversen Ergenekon-Prozesse) entmachtet.

Von dieser historisch entfalteten Grundbefindlichkeit ausgehend betrachtet Joppin die gegenwärtige Programmatik der AKP. Ins Zentrum der Auseinandersetzung rückt sie das Konzept der Konservativen Demokratie. Anstatt aber dieses Konzept anhand des Buchs von Akdoğan und/oder der beiden im Anhang abgedruckten Reden gesamtthematisch und programmatisch zu entfalten, werden lediglich einzelne Aspekte unsystematisch und schlaglichtartig thematisiert. Dadurch wird der Zusammenhang zwischen »Demokratisierungskurs der AKP« (Kapitel 5), »Realisation

struktureller Werte« (Kapitel 6) und »Gesellschaftlicher Pluralismus« (Kapitel 7) verdeckt. Dies ist zu bedauern, insofern der von der Autorin behauptete und herausgearbeitete Antagonismus zwischen Zentrum und Peripherie das Grunddilemma aufzeigt. Sowohl das kemalistische Zentrum (mit seiner Doktrin *einer* Nation, *einer* Sprache und *einer* Religion) als auch die anti-kemalistische Peripherie als Gegenbewegung (basierend auf dem Prinzip *mahalle basketi*, der gegenseitigen Kontrolle) sind Entwürfe in sich geschlossener Gesellschaften.

Das Vordringen der Peripherie ins Zentrum ist ein evolutionärer Prozess. Er ist – zumindest solange das Militär noch soweit Macht hat, um erneut putschen zu können – auf eine demokratische Verfassung angewiesen und benötigt dementsprechend eine demokratische Legitimation. Folgerichtig bezeichnet sich die AKP neuerdings als *ak parti*, als Partei, die (als einzige) weiß/rein/unschuldig sei. Die gesellschaftlich-politische Umwertung, die die AKP anstrebt, wird über die Forderung nach Teilhabe am demokratischen Willensbildungsprozess avisiert. Das Konzept der Konservativen Demokratie dient der AKP dazu, sich selbst und anderen ein demokratisches Grundverständnis zu bescheinigen.

Joppins Verdienst ist vor allem darin zu sehen, dass sie das Programm der AKP vorstellt und die systemimmanenten Widersprüche zwischen Programmatik und Wirklichkeit herausarbeitet. Da dies aber nicht systematisch, sondern nur schlaglichtartig geschieht, indem lediglich einzelne Argumente des Konzepts der Konservativen Demokratie herausgegriffen und besprochen werden, bleiben die Gründe hierfür weitgehend im Dunkel. Dadurch gelingt es der Autorin auch nur bedingt und nur in Bezug auf die diskutierten Teilthematiken (Presse, Recht, Frauen, Minderheiten), die Intention der AKP deutlich zu machen: Die AKP »scheint mehr und mehr, quasi als »neues Zentrum«, an der autoritären Durchsetzung ihres Gesellschaftsmodells interessiert zu sein«, wie es im Schlusssatz des Fazits (S. 166) heißt.

Georg Simet

Eberhard von LOCHNER: *Philosophie im Reich der Schatten. Die Münchner Jahre des Politikwissenschaftlers Eric Voegelin*, München: Iudicium 2010, 120 S., 9,80 €

Eric Voegelin (1901-1985) war der erste Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Universität München. Nach seiner wissenschaftlichen Ausbildung in Wien während der 1920er-Jahre und seiner Lehrtätigkeit in den USA zw. 1938 und 1958 gründete er 1958 das (seit 1967 so genannte) Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft. Nach seiner Emeritierung im Jahr 1969 verließ er Deutschland und kehrte in die USA zurück, wo er bis an sein Lebensende wissenschaftlich produktiv blieb. Seit wenigen Jahren existiert in den USA eine 34-bändige Ausgabe der *Collected Works of Eric Voegelin*, und auch in Deutschland wurden zahlreiche Schriften von Voegelin und Untersuchungen über sein Werk veröffentlicht, die oftmals auf die Arbeiten des Münchner Eric-Voegelin-Archivs zurückgehen oder damit zumindest in Verbindung stehen.

Eberhard von Lochner, einer der Mitarbeiter dieses Archiv, stellt in der kleinen Studie vor allem die Münchner Jahre von Voegelin dar. Nach einer Skizze von Voegelins Ausbildung in Österreich, den USA, in Frankreich und Deutschland, sowie einer knappen Charakterisierung der frühen Schriften wie z. B. *Über die Form des amerikanischen Geistes* (1928), *Der autoritäre Staat* (1936) oder *Die politischen Religionen* (1938) hebt Lochner anhand der beiden in den 1950er-Jahren erschienen Werke über *The New Science of Politics* und *Order and History* Voegelins Position hervor, die durch eine starke Anlehnung an die platonische Philosophie und die jüdisch-christliche Spiritualität gekennzeichnet ist und ein starkes Interesse an der philosophischen Durchdringung der Geschichte erkennen lässt, deren Abfolge von Ordnungen Voegelin von den Hochkulturen des Alten Orients bis ins 20. Jahrhundert durchdringt und eigenwillig-originell interpretiert.

Voegelins Wirken in München beginnt 1958 mit seiner Antrittsvorlesung über *Wissenschaft, Politik und Gnosis*. Darin stellt er nicht nur die – bereits in *The New Science of Politics* gemachte – Behauptung auf, dass die Moderne im Grunde durch eine merkwürdige Art der Gnosis gekennzeichnet sei, sondern dass viele herausragende Theoretiker der Moderne, wie z. B. Karl Marx,

willige Opfer dieser Geistesströmung seien: Sie behaupteten ein Wissen (= gnosis) über Mensch und Welt, Gott und Geschichte, das sie de facto nicht besaßen, und entlarven sich deshalb bei näherer Untersuchung als »intellektuelle Schwindler« (so insbesondere Marx). Sie gebärden sich als »Sinnschöpfer«, die letztlich nicht kreativ, sondern destruktiv wirken. Es ist verständlich, dass sich Voegelin mit derartigen Positionen und Formulierungen wenige Anhänger verschaffte; tatsächlich erfuhr er auf dem linken politischen Spektrum scharfe Ablehnung, ohne auf dem rechten Spektrum entsprechende Zustimmung zu finden. Die *Süddeutsche Zeitung* brandmarkte seinen »Stil simplifizierender Polemik«, der gerade in der Wissenschaft unangebracht sei.

Die Folgejahre bis 1969 zeigen ein in vieler Hinsicht durchwachsendes Bild: So setzte sich Voegelin für die Entwicklung des politikwissenschaftlichen Instituts ein, baute eine die engen Grenzen der herkömmlichen Politikwissenschaft sprengende, universalwissenschaftliche Bibliothek auf und holte prominente Wissenschaftler aus den USA, England, Italien und Frankreich als Gastprofessoren nach München; er hielt bei der »Akademie für Politische Bildung Tutzing«, im »Amerikahaus« oder auf dem hochkarätig besetzten »Internationalen Seminar« in Rheinfelden (Schweiz) brillante Vorträge, von deren Strahlkraft nicht zuletzt auch das politikwissenschaftliche Institut der Universität München noch lange Jahre illuminierte; und er veröffentlichte mit dem 1966 erschienen Werk über *Anamnesis. Zur Theorie der Geschichte und Politik* eine Reihe von Studien, die eine Weiterentwicklung der Geschichtsphilosophie in Richtung auf eine Bewusstseinsphilosophie anregte. Dieses positive Bild vom produktiven Wissenschaftler aber wurde durch provokante Vorträge und öffentliche Äußerungen immer wieder konterkariert. So hielt er im Sommersemester 1964 an der Universität München eine vielbesuchte Vorlesung über *Hitler und die Deutschen*, in der er anhand zahlreicher Beispiele die »unbewältigte Gegenwart« erörterte und dabei zum leidenschaftlichen Ankläger deutscher Politik und v. a. deren prominenter Akteure wurde, die auf die eine oder andere Weise in die Geschehnisse des Dritten Reiches verstrickt waren. Anlässlich der Studentenrevolte von 1968, die auch das akademische Leben in München in Mitleidenschaft zog, beklagte Voegelin in einem Interview mit der *Abendzeitung*, dass man in

Deutschland »zwischen den sitzengebliebenen Dummköpfen der Tradition und den apokalyptischen Dummköpfen der Revolution« nur schwer den geistigen Freiraum finden könne, der für den Menschen unverzichtbar sei. Voegelins Rückkehr in die USA 1969 ist aus dieser Sicht leicht verständlich.

Von Lochners Abhandlung über Voegelins Münchner Jahre beleuchtet sowohl Voegelins wissenschaftliche Leistungen als auch seine theoretische Eigenwilligkeit und Kompromisslosigkeit. Voegelin war von der Aufgabe besessen, durch die Entwicklung einer klassisch verstandenen »Ordnungswissenschaft« einen Beitrag zur Überwindung der geistigen Krise zu schaffen, der weite Teile der westlichen Zivilisation zum Opfer gefallen waren. Während er auf der einen Seite großartige Interpretationen der abendländischen Geistes- und Realgeschichte vorlegte, bewirkte seine zuweilen kämpferische Haltung zugleich Ablehnung und Entfremdung. Von Lochners Darstellung bringt die schillernde Persönlichkeit Eric Voegelin mit ihren Leistungen und Fehlleistungen im genannten Zeitraum überzeugend zur Sprache.

Harald Bergbauer

Emmanuel Joseph SIEYÈS: Was ist der Dritte Stand? Ausgewählte Schriften. Herausgegeben und übersetzt von Oliver W. Lembcke und Florian Weber. Berlin: Akademie Verlag, 2010. 361 S., 69,80 €

Obwohl nicht die bekannteste Figur der Französischen Revolution, hat Emmanuel-Joseph Sieyès (manchmal auch: Sienes) die historischen Ereignisse der Jahre 1789–1799 maßgeblich geprägt. Die Herausgeber des hier besprochenen Bandes betonen im biographischen Teil ihrer Einleitung (S. 13–24; siehe auch Sieyès' autobiographische Notizen auf S. 281–309), dass sich in Sieyès' langem Leben (1748–1836) das revolutionäre Jahrzehnt stark von den Jahren davor wie auch von den darauf folgenden Jahren unterscheidet. Nach der Priesterweihe verbrachte er die Zeit bis 1788 in Langeweile und »Gleichgültigkeit« (S. 14) gegenüber seiner Funktion innerhalb der provinziellen Kirchenhierarchie. Nach der Revolution, in der napoleonischen Ära, geriet Sieyès allmählich in Vergessenheit. Während der Restauration wurde er aufgrund seiner Befürwortung der Enthauptung Ludwigs XVI.

zum Exil in Brüssel gezwungen und kam erst einige Jahre vor seinem Tod wieder nach Paris zurück.

Im Gegensatz zu diesen Jahrzehnten im Dunkeln glänzte Sieyès in den Jahren der Revolution. Bekannt ist er zuallererst für seine Rolle in der frühen Phase der revolutionären Entwicklung. Seine berühmteste Schrift *Was ist der Dritte Stand?* veröffentlichte er zuerst anonym im Januar 1789 (abgedruckt im hier besprochenen Band auf S. 109–176). Er plädierte dafür, dass die Generalstände, die der König einige Monate zuvor berufen hatte und die bald tagen würden, zu einer *Nationalversammlung* werden sollten. Dabei sollte die Souveränität vom König auf das Volk bzw. auf die Nation übertragen werden. Ziel der Nationalversammlung sei die Ausarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung für Frankreich – und damit die Transformierung der absoluten in eine gemäßigte, konstitutionelle Monarchie.

Sieyès wurde zu den Generalständen gewählt und dort bemühte er sich, sein politisches Projekt umzusetzen. Er hatte dabei insbesondere am Anfang erheblichen Erfolg (S. 109). Die Generalstände entschieden sich tatsächlich, »sich niemals zu trennen, bis der Staat eine Verfassung hat« (»Ballhausschwur« vom 20. Juni 89); kurz danach wurden sie zur *Verfassungsgebenden Nationalversammlung*. Ab diesem Zeitpunkt beteiligte sich Sieyès an den zahlreichen konstitutionellen Debatten – z. B. plädierte er für die Ausarbeitung einer *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* als erster Aufgabe der Versammlung (siehe seinen interessanten Entwurf für diese Erklärung auf S. 195–217); gegen die Nationalisierung *kirchlicher Güter* (siehe S. 219–238); gegen das *königliche Veto* und die Aufteilung der gesetzgebenden Kompetenz zwischen Exekutive und Legislative (siehe S. 239–254).

In den Jahrzehnten nach seinem Tod blieb das Interesse der Historiker, Rechtstheoretiker und Politikwissenschaftler für Sieyès sehr lange Zeit gering. Erst seit etwa 1970 ist Sieyès von der Forschung wieder entdeckt worden, und dies in mehreren Ländern. Das hier besprochene Buch kann in dieser neuen Welle der Sieyès-Forschung verortet werden: »neue Welle« sowohl im neutralen Sinne eines erneut aufflammenden Interesses, als auch in dem Sinne, dass die Herausgeber sich den neuesten Interpretationen des Werkes von Sieyès anschließen (u. a. William H. Sewell, Pasquale Pas-

quino, Jacques Guilhaumou, Michael Sonenscher). Diese Interpretationen sehen in Sieyès viel mehr als einen Politiker und Pamphletisten (S. 24); sie betonen die Originalität und Tiefe seines politiktheoretischen und rechtsphilosophischen Beitrages.

Die Herausgeber des besprochenen Bandes haben zwei Hauptabsichten. Erstens wollen sie ausgewählte Texte von Sieyès den deutschsprachigen Forschern, Studierenden und interessierten Laien leichter zugänglich machen. Um allzu große philologische Probleme zu vermeiden, haben sie sich im Wesentlichen auf von Sieyès selbst publizierte Texte beschränkt, die sie aber mit wenigen Ausnahmen neu (und auch sehr gut) übersetzt und mit einleuchtenden Anmerkungen versehen haben. Einige wichtige Frühtexte (wie die *Abhandlung über die Privilegien*), die in anderen Editionen zu finden sind, wurden hier ausgelassen, um Platz für spätere Texte zu verschaffen (S. 24–26). Zweitens möchten die Herausgeber die noch übliche Vorstellung von Sieyès' als einem »weltfremden Metaphysiker« und »radikalen Alleszermaler« (S. 27, siehe auch S. 33) und Theoretiker der absoluten Souveränität korrigieren (u. a. Carl Schmitt ist für diese falsche Vorstellung verantwortlich: S. 61). Ein alternatives Bild von Sieyès wird von den Herausgebern in der umfangreichen Einleitung dargelegt (S. 14–89). Zwei Aspekte dieses Bildes können hier genannt werden. Einerseits geht es um die Rehabilitierung von Sieyès als unabhängigen und originellen Denker. Sieyès hat wenig publiziert, aber seine Manuskripte zeigen ein ausgeprägtes Interesse für theoretische Fragen speziell im Bereich der Gesellschaftstheorie. Er versuchte, die repräsentative Demokratie mithilfe historischer, ökonomischer und soziologischer Argumente zu rechtfertigen (besonders interessant ist die Tatsache, dass das Wort »sociologie« zum ersten Mal von Sieyès und nicht von Comte benutzt wurde – siehe dazu die Arbeiten von Guilhaumou). Dabei nahm er eine der wichtigsten Entwicklungen des 19. Jahrhunderts vorweg: die allmähliche Infragestellung naturrechtlicher und kontraktualistischer Begründungen.

Andererseits bieten die Herausgeber eine Gesamtcharakterisierung des Denkens Sieyès' an. Sie vertreten die Auffassung, dass Sieyès von Anfang an ein überzeugter Verfechter der Freiheit durch Repräsentation, Machteinschränkung und Gewaltenteilung gewesen ist. Um diese Interpretation zu

untermauern, verweisen sie auf mehrere Elemente, u. a.: 1.) die Entwicklung eines starken Begriffes von *Menschenrechten* (vgl. S. 53–56); 2.) die Verteidigung des monarchischen Systems, mit dem König als *pouvoir neutre*, Symbol und Garant der nationalen Einheit ohne politische Macht (vgl. den Briefwechsel Sieyès–Paine, S. 255–269) – dies mündet in der Einschätzung der Herausgeber (S. 78–89) in die Befürwortung einer gemäßigten *Mischverfassung*; 3.) die originelle Theoretisierung (vielleicht sogar die Erfindung) der *Verfassungskontrolle* (siehe dazu die beiden »Thermidor-Reden«, S. 311–348); 4.) die Zurückweisung des Begriffes der Souveränität als absolute Macht und das Plädoyer für *Machtaufteilung* und indirekte Entscheidungsprozesse (z. B. indirekte Wahlen, Verteilung der gesetzgebenden Kompetenz in mehreren Instanzen – Initiative, Beratung, Beschluss: vgl. S. 83).

Wenn zum einen Sieyès eine so große Rolle in der Revolution gespielt hat, und wenn zum anderen Sieyès gewissermaßen als das liberale Gewissen der Französischen Revolution angesehen werden kann, dann muss das Bild der Revolution insgesamt revidiert werden: das ist der vielleicht interessanteste Schluss, der aus der Lektüre dieses Bandes gezogen werden kann. Insbesondere ist die Idee einer allmählichen »Radikalisierung« (S. 17) der Revolution heute immer noch weit verbreitet; die Texte von Sieyès deuten aber darauf hin, dass Radikalisierung nur *eine* Tendenz der Französischen Revolution gewesen ist; eine andere ist die *Komplexifizierung* der politischen Ansätze, u. a. des Liberalismus, der im Laufe der Revolution gezwungen war, seine Positionen mit immer neuen und genaueren Argumenten zu begründen.

Lembcke und Weber charakterisieren Sieyès' Denken folgendermaßen: Diese Texte »erweisen [...] Sieyès als einen liberalen Konstitutionalisten und konsequenten Vertreter der repräsentativen Demokratie« (S. 27). Gleichzeitig zeigen die Herausgeber, dass es Aspekte im Werk von Sieyès gibt, die man als undemokratisch bezeichnen muss, wie zum Beispiel seine Befürwortung des Zensuswahlrechts (vgl. S. 64, 67–69) oder natürlich seine Unterstützung Bonapartes (S. 20–21). 1799 hatte sich »seine Glaube an die Nation erschöpft« (S. 89): nun bezweifelte er ihre Fähigkeit zur Selbsttransformation und Selbstregierung. Am Ende scheinen Lembcke und Weber nicht eine, sondern zwei Lektüren anzubieten: an einigen Stellen betonen

sie die Kohärenz und die Konsistenz im Denken Sieyès' (z. B. auf S. 27); an anderen Stellen scheinen sie die Interpretation Sewells und anderer zu teilen, die eine Entwicklung in Sieyès' Denken erkannt haben (»chastened by the experience of the Terror« plädierte Sieyès ab 1793–94 mehr und mehr »for the importance of limiting the power of the state and protecting individual liberty« – Sewell,

A Rhetoric of Bourgeois Revolution, S. 19). Die beiden Lektüren schließen sich nicht unbedingt aus: eine weitere Thematisierung dieser Frage wäre interessant gewesen. Das ist allerdings nur eine kleine Schwachstelle in einem sehr gelungenen Band.

Jean Terrier

Politika.

Passauer Studien zur Politikwissenschaft



Politik in Italien: Vom Kartell zum Wettbewerb?

Parteien – Parlament – Regierung

Von Stefan Köppl

2011, Band 5, 387 S., broch., 49,- €

ISBN 978-3-8329-6009-4

nomos-shop.de/12952

Die Studie untersucht die Auswirkungen der Umbrüche der 1990er Jahre auf das Parteiensystem und die politische Entscheidungsfindung zwischen Parlament und Regierung. Von der einst „blockierten“ Demokratie unterscheidet sich die italienische Politik heute weniger, als es den Anschein hat. Ein Lehrstück zum Verhältnis von Institutionen und Akteuren über Italien hinaus.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de